



# Zur Kinderarmut in Bremen

## ein Schulprojekt



in der Bremischen Bürgerschaft



Die Schülerinnen und Schüler der Zweijährigen Höheren Handelsschule am Schulzentrum Walliser Straße, deren Arbeitsergebnisse in einer Ausstellung bei der Nacht der Jugend am 9. November 2005 im Bremer Rathaus zu sehen waren ([www.nachtderjugend.de](http://www.nachtderjugend.de)).

**Die Klasse 2 HH 04/01**



**Die Klasse 2 HH 04/02**

# ›Wir müssen über Armut sprechen!‹

## ein Vorwort

Die hier dokumentierte Arbeit von Schülerinnen und Schülern Bremer Schulen hat uns sehr beeindruckt. Nirgendwo bisher nach der Verabschiedung der Hartz-Gesetze wurde so lebensnah und vorstellbar vor Augen geführt, was es heißt, in Armut zu leben. Die Arbeit der Schülerinnen und Schüler hilft Politikerinnen und Politikern und der Öffentlichkeit sich einzufühlen in eine schwierige Lebenssituation, die in Bremen ja ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen betrifft.

Die Arbeit macht Hoffnung, dass Menschen sich ohne falsche Scham für die Verbesserung ihrer Lage einsetzen können und dass Menschen, denen es besser geht, sich Gedanken über die Lebenssituation derer machen, denen es nicht so gut geht.

Sozialpolitik droht viel zu häufig

zu versinken in rechtlichen Erwägungen, Missbrauchs- und Spardebatten. Hier wird ein menschlicher Gegenpunkt gesetzt: Hier wird das wirkliche Leben gezeigt.

Wir bestreiten es nicht: Es waren alle Parteien – auch die Grünen –, die in Bundestag und Bundesrat den Kompromiss zu Hartz IV beschlossen haben. Gerade in Bremen mit seinen hohen Sozialhilfekosten hat aber ein Teil der Reform besonders überzeugt: Der Bund beteiligt sich stärker als bisher an den Kosten der Arbeitslosigkeit. So findet ein besserer Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen in Deutschland statt.

Die Grünen in Bremen haben allerdings auch frühzeitig auf die Schattenseiten hingewiesen. Neben den sehr niedrigen Regelsätzen ge-

rade für Jugendliche bedeutet Hartz IV auch, dass die Kommunen nur noch sehr wenige Möglichkeiten haben, bei Armutsproblemen einzelner Menschen gezielt zu helfen. Ein Rechtsanspruch auf Schuldner- oder Suchtberatung, zusätzliche Bekleidungshilfen oder die Kostenübernahme für Möbel sind ebensowenig selbstverständlich wie eine Kostenübernahme bei den steigenden Geldwünschen der Schulen für Lehr- und Lernmittel. Auch der Computer, der heute in weiterführenden Schulen als häusliches Arbeitsmittel vorausgesetzt wird, gehört nicht zur Ausstattung.

Es genügt auch nicht, nur über begleitende Hilfen zu sprechen, wie z. B. über eine bessere Versorgung mit Kindergartenplätzen. Die ist nötig, ersetzt aber nicht ein Eltern-

haus, in dem Geld dafür da ist, dass Spielzeug gekauft werden kann, in dem Kinder lernen können, zwischen Lebensmitteln auszuwählen und in dem ein vielfältigeres Kulturangebot wahrgenommen werden kann.

Gerade für Kinder und Jugendliche ist ein Leben in Armut besonders hart. Es beschneidet ihren Blick auf die Welt, birgt das Risiko übermäßigen Medienkonsums und vor allem nimmt es Selbstbewusstsein und Neugierde. Zu Recht wird in der folgenden Einführung von Hans-Wolfram Stein auf die schlechten PISA-Ergebnisse in Bremen verwiesen. Wer diese verbessern will, muss auch über Armut sprechen.

Die Grünen möchten dazu beitragen, dass sich niemand wegduckern kann: Die Folgen der Hartz-Gesetze

müssen miteinander besprochen werden und es muss zu Korrekturen kommen. Die Regelsätze für Kinder sind aus Sicht der Bremer Grünen zu niedrig.

Wir bedanken uns bei den Schülerinnen und Schülern für ihre tolle Arbeit, deren Verbreitung wir mit dieser Broschüre unterstützen wollen.

Wir wünschen ihnen viele gute Diskussionen und uns gemeinsam eine höhere Empfindsamkeit für die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Menschen.

**Karoline Linnert**  
Fraktionsvorsitzende

**Dirk Schmidtman**  
sozialpolitischer Sprecher



## das Projekt

# In welchem Zusammenhang ist die Arbeit entstanden? Welches waren die wichtigsten politischen Einwände?

Die unter dem Begriff Hartz IV bekannt gewordenen Arbeitsmarkt-reformen haben die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Bremen auf Sozialhilfeniveau leben müssen, deutlich erhöht. Inzwischen ist jedes vierte Kind in dieser Stadt betroffen, in vielen sozialen Brennpunkten wie Gröpelingen oder Tenever jedes dritte oder gar jedes zweite Kind. In Bremerhaven ist die Lage noch dramatischer: Es ist die Stadt mit dem größten Anteil armer Kinder in der ganzen Bundesrepublik. Die LehrerInnen und SchülerInnen in Bremen spüren die Auswirkungen dieser Entwicklung auch an vielen Stellen des Schullebens – und man muss kein PISA-Experte sein um zu wissen, dass die schlechten Bremer Ergebnisse bei dieser Untersuchung gerade auch mit der

Entwicklung der Kinderarmut in Bremen zusammenhängt.

Es ist daher kein Zufall, dass sich im Schuljahr 2005/2006 Klassen und Kurse von sieben Bremer Schulen zu einem gemeinsamen Projekt ›Kinderarmut‹ zusammenschlossen, um durch forschendes Lernen die verschiedenen Aspekte dieses Problems zu untersuchen. Die knapp 200 SchülerInnen und 8 LehrerInnen haben sich alle mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 auseinandergesetzt, die Sozialhilfestatistik in Bremen bearbeitet, die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II untersucht. Sie haben in einem Bremer Schulforum zur Kinderarmut mit Experten vom Kinderschutzbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, von Arbeitnehmerkammer

und DGB, vom Bildungssenator und der Universität Bremen diskutiert. Sie sind aber auch arbeitsteilig vorgegangen:

- Die SchülerInnen des SZ Rübekamp konzentrierten sich auf das Thema Bildung und Armut und haben sowohl einen PISA-Experten des Bildungssenators als auch Besucher der ›Bremer Tafel‹ befragt.
- Die SchülerInnen des SZ Walle haben sich mit verschiedenen Armutsbegriffen beschäftigt und das ›Lohnabstandsgebot‹ untersucht.
- Die SchülerInnen der Oberstufe der Gesamtschulen haben die Bürgerschaftsdebatten zum Thema nachgelesen und sich mit der Frage beschäftigt ›Arbeiten und trotzdem arm?‹

- Die SchülerInnen der Gesamtschule West haben untersucht, was ihre Mitschüler unter Armut verstehen und entsprechende Fragebögen entwickelt und ausgewertet.
- Die HauswirtschaftsschülerInnen des SZ Neustadt haben versucht, eine gesunde Ernährung mit geringsten Mitteln zu sichern und entsprechende Menüpläne entwickelt.
- Die SchülerInnen des SZ Alwin-Lonke-Straße haben sich mit den Regelsätzen für Kleidung bei ALG II beschäftigt und ihre Erfahrungen in einer Ausstellung umgesetzt.
- Die SchülerInnen des SZ Walliser Straße haben verschiedene Gütergruppen aus den Regelsätzen des ALG II durch Preis-erhebungen daraufhin überprüft, inwieweit die Geldmittel für einen 13- Jährigen ausreichend sind, um nicht Ausgrenzung zu erfahren. Dieser Teil der Arbeit, der in einer Ausstellung mündete, wird in dieser Broschüre dokumentiert.

Die SchülerInnen haben ihre Untersuchungsergebnisse in den Medien zur Diskussion gestellt: Weserkurier, taz, Weser-Report, Radio Bremen IV und buten&innen haben berichtet.

Die SchülerInnen haben auch zwei Diskussionen mit Bremer Politikern öffentlich geführt:

- Während des Bundestagswahlkampfes mit den Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck (Grüne), Volker Kröning (SPD) und Bernd Neumann (CDU) im SZ Walliser Straße,
- bei der Nacht der Jugend im Bremer Rathaus mit der Senatorin für Jugend und Soziales Frau Röpke, der Bürgerschaftsabgeordneten Frau Ahrens (CDU), der Fraktionsvorsitzenden der Grünen in der Bürgerschaft Frau Linnert und der pds-Vertreterin Frau Barth aus dem Stadtteilbeirat Walle.

Die Nacht der Jugend war ohnehin ein Anlass, auf den die beteiligten Schulen ganzjährig mit Projekten hinarbeiteten: Sie kooperierten im Rahmen des Modellversuchs ›Demo-

kratie lernen und leben«, der von der Bund-Länder-Kommission aufgelegt worden ist. Er soll dazu beitragen, Demokratie und Politik für Schüler besser erfahrbar werden zu lassen und mit ihrem Leben und ihren Interessen zu verknüpfen, die Distanz zur Politik abzubauen. Gerade das gelang auch: Bei der Nacht der Jugend wurden die Diskussionen zwischen SchülerInnen und einzelnen PolitikerInnen bis kurz vor Mitternacht fortgeführt, ohne Distanz und auf Augenhöhe.

Im Rahmen dieser Diskussionen und auch in der Berichterstattung gab es natürlich Einwände gegen die vorgelegten Ergebnisse, insbesondere gegen die Zahlen über die Regelsätze, die für Kinder in bestimmten Produktbereichen zur Verfügung gestellt werden.

Weil das hier vorgelegte Material anderen SchülerInnen und LehrerInnen als Anstoß für ähnliche Untersuchungen und Projekte zum Thema Kinderarmut dienen soll, die vielleicht in ähnliche Debatten münden, soll hier zu einigen Einwänden Stellung genommen werden:

**Erstens:** Der ALG II-Regelsatz für Kinder beträgt 207 Euro im Monat. Für Nahrungsmittel sind dabei knapp 80 Euro vorgesehen bzw. 2,62 Euro pro Tag. Wenn ein Kind in der Schulmensa für 1,53 Euro zu Mittag isst, bleiben 1,09 Euro für Frühstück, Abendbrot, Zwischenmahlzeiten, Getränke und Süßigkeiten. Die Schüler waren von diesem Ergebnis völlig überrascht und stellten es regelmäßig an den Anfang ihrer Präsentationen, weil offenkundig ist, dass dieser Betrag für ein Kind von z. B. 13 Jahren völlig unzureichend für eine vernünftige Ernährung ist. Es gab zunächst vor allem zwei zusammenhängende Einwände: Das Bild von Kindern in Armut, die in Deutschland leben, sei doch eher von Fettleibigkeit geprägt und 1,09 Euro pro Tag (nach dem Mittagessen) würde eher ein Hungerproblem in Deutschland nahe legen. Dieser Einwand ist leicht zu entkräften: Zunächst stimmen die vorgelegten Zahlen. Tatsächlich müssen von den betroffenen Haushalten Geldmittel, die im Rahmen der Regelsätze für andere Gütergruppen vorgesehen

sind (z. B. für technische Geräte, Bildung und Kultur, Kleidung), für Nahrung umgewidmet werden. Sie fehlen dann an anderer Stelle. Vor allem aber geben die Eltern armer Kinder die für sie selbst vorgesehenen höheren Regelsätze nicht vollständig für sich aus, sondern bringen damit ihre Kinder durch. Sie verzichten zugunsten ihrer Kinder. Ohne dieses Verhalten der großen Mehrheit der betroffenen Eltern, könnte die Regelsatzverordnung nicht funktionieren. Diese schlichte Erklärung passt nur leider nicht zu dem von manchen PolitikerInnen gepflegten und verbreiteten Bild von Eltern armer Kinder, die ihren Kindern das Schulbrot wegsaufen oder wegrauchen.

**Zweitens:** Ein gerade von Regierungspolitikern geäußelter Einwand lautet: ›Habt ihr denn das Kindergeld berücksichtigt?‹ Träfe dieser Einwand zu, stünden armen Kindern nicht nur 207 Euro Regelsatz pro Monat zur Verfügung, sondern es kämen noch 154 Euro Kindergeld hinzu. 361 Euro pro Monat und Kind ist schon ein ganz anderer Betrag

und würde alle Ergebnisse der SchülerInnen in Frage stellen. Der Fehler an dem Einwand: Das Kindergeld wird vollständig mit dem Regelsatz verrechnet: Es gibt 207 Euro Regelsatz pro Kind und keinen Cent Kindergeld oben drauf.

**Drittens:** Ein Einwand, bisher auch nur von Regierungsseite erhoben: ›Habt Ihr denn auch die 140 Euro Kinderzuschlag berücksichtigt?‹ Wenn dem so wäre, auch dann lägen die Mittel für Kinder, die auf Sozialhilfeniveau leben, nicht bei 207 Euro, sondern bei etwa 350 Euro im Monat. Der Irrtum bei diesem ›Argument‹: 140 Euro Kinderzuschlag gibt es im Einzelfall nur für solche Eltern, die sich von ihrem Einkommen z. B. zwar durch eigene Arbeit selbst ernähren können, deren Lohn aber so gering ist, dass er für ihre Kinder nicht reicht. Dann kann der Weg in das ALG II durch den Kinderzuschlag vermieden werden. Aber: Unmissverständlich heißt es auf der Web-Seite der Bundesagentur für Arbeit ([www.kinderzuschlag.de](http://www.kinderzuschlag.de)): ›Empfängern von Arbeitslosengeld II steht der Kinder-

zuschlag nicht zu.« Auf die ALG II-Regelsätze für Kinder von 207 Euro kommt also weder ein Cent Kindergeld noch ein Cent ›Kinderzuschlag‹ oben drauf. Auch dieser Einwand stellt die Schülerergebnisse nicht in Frage.

**Viertens** bleibt ein Einwand, den die SchülerInnen dieses Projekts zwar noch nicht zu hören bekamen, der aber sicher irgendwann auftauchen wird: Eine kleine Minderheit von Kindern könnte vorübergehend einen Zuschlag bekommen, wenn ihre Eltern gerade vom Arbeitslosengeld auf ALG II abgestuft wurden. Dabei handelt es sich um den ›Armutsgewöhnungszuschlag‹. Dieser Zuschlag beträgt für Kinder aber nicht 140 Euro, sondern höchstens 60 Euro – und dies nur für eine Übergangszeit von maximal zwei Jahren. Wie viele Kinder ihn in Bremen erhalten, war vom Projekt bisher nicht herauszufinden – trotz Anfragen bei der BAGIS und bei der zuständigen Senatorin. Sicher aber ist: Diesen Zuschlag erhalten nicht jene armen Kinder, die bereits vor dem 31.12.04 Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe

bezogen haben, also nicht die große Mehrheit der von Kinderarmut betroffenen Kinder in Bremen. Nur eine kleine Minderheit der von Kinderarmut betroffenen Kinder in Bremen kann diesen Zuschlag von 60 Euro – aber auch dies nur für eine Übergangszeit – erhalten. Es wäre zu begrüßen, wenn diese Zahlen durch den Senat endlich bekannt würden.

Die folgenden Seiten geben die vom Projekt erarbeitete Ausstellung

wieder. Die kurzen, grün unterlegten Erläuterungen wurden von der Herausgeberin zur Veranschaulichung hinzugefügt.

***Hans-Wolfram Stein***

Netzwerkkoordinator für die Nacht der Jugend im BLK-Modellversuchsprogramm ›Demokratie lernen und leben‹, Lehrer am SZ Walliser Straße  
wstein@lis.bremen.de

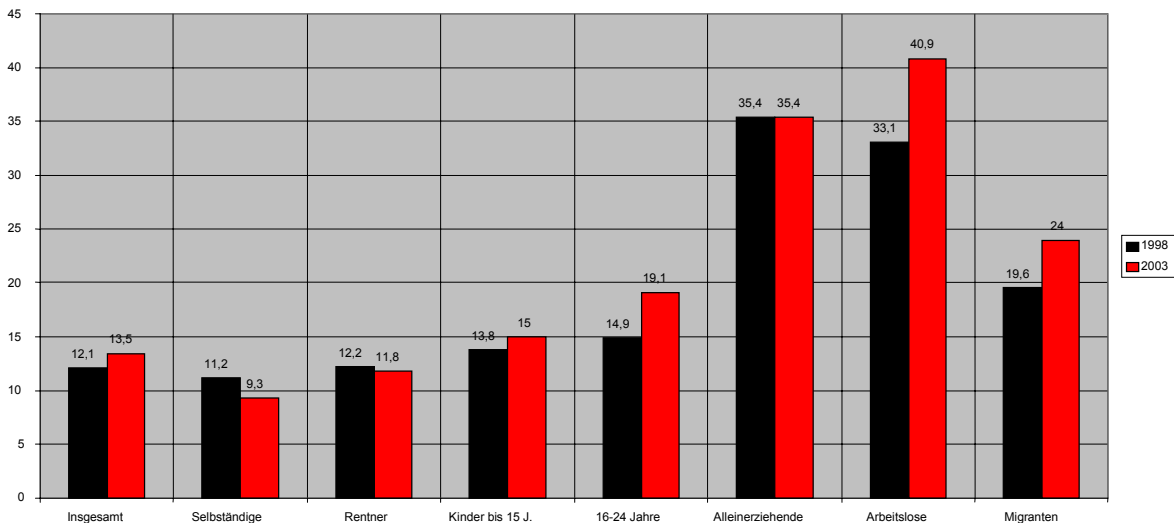


# Die Armut in Deutschland nimmt zu ...:

## Von 12,1% (1998) auf 13,5% (2003)

Während sie bei Selbständigen und Rentnern rückläufig ist, steigt sie bei Kindern, Jugendlichen, Arbeitslosen und Migranten.

Armutsquoten nach sozialen Gruppen in Deutschland 1998 - 2003



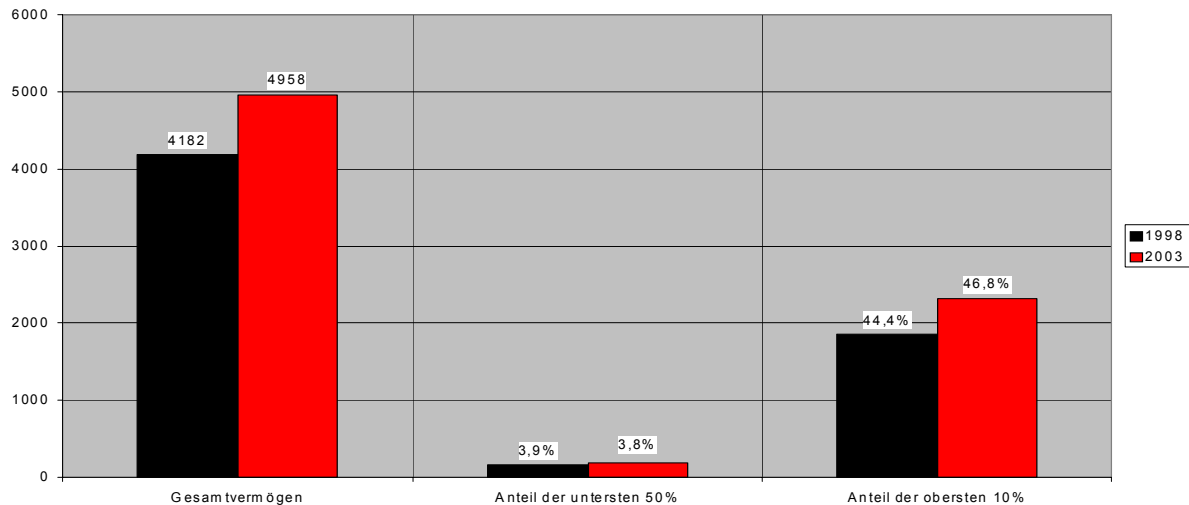
Die SchülerInnen untersuchten die Statistiken des Armutsberichts der Bundesregierung daraufhin, wie sich die Armutsquoten nach sozialen Gruppen und Altersgruppen zwischen 1998 und 2003 entwickelt hatten.

Quelle: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Bundestagsdrucksache 15/5015, 3.3.2005

## ... und der Reichtum nimmt auch zu:

**Der Vermögensanteil der reichsten 10% stieg auf 46,8% - der untersten 50% sank auf 3,8%!**

Gesamtvermögen in Deutschland 1998 und 2003 in Mrd. Euro  
- Anteil der untersten 50% (= 3,8% in 2003)  
- Anteil der obersten 10% (= 46,8% in 2003)



Bei wachsenden Vermögen ist ein Rückgang des Vermögensanteils der unteren Bevölkerungshälfte feststellbar. Hingegen steigt der Anteil der reichsten 10 Prozent deutlich, die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander.

Quelle: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Bundestagsdrucksache 15/5015, 3.3.2005

**„Arm ist, wer über so geringe Mittel verfügt, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die in dem Mitgliedsstaat als Minimum annehmbar ist“.**  
(EU- Kommission, Brüssel 1986)

**Arm sind „Personen, deren... Einkommen weniger als 60% des Mittelwerts aller Personen beträgt. In Deutschland beträgt die so berechnete Armutsrisikogrenze 938 Euro“.**  
(Armutsbericht der Bundesregierung 2005)

**Diese Grenze von 938 Euro gilt für einen Single-Haushalt. Sie ist natürlich höher bei Haushalten mit Kindern.**

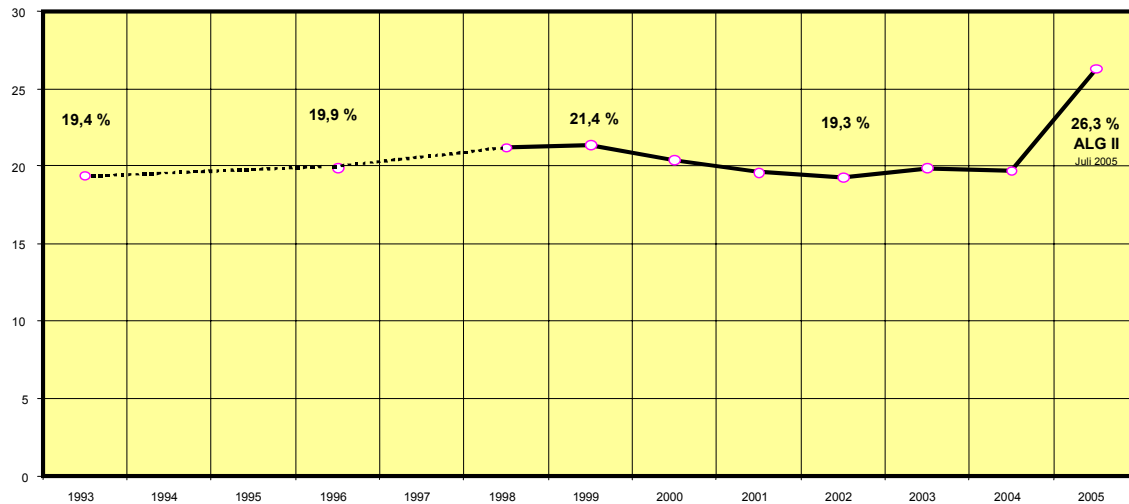
**Armutsgrenze nach Haushaltsgröße**

<b>Haushalt</b>	<b>Armutsgrenze</b>
	<b>in Euro</b>
<b>Single</b>	<b>938</b>
<b>Paar</b>	<b>1407</b>
<b>Paar 1 Kind</b>	<b>1688</b>
<b>Paar 2 Kinder</b>	<b>1970</b>

Die SchülerInnen berechneten die Armutsgrenzen nach Haushaltsgrößen, wobei der Single-Betrag als Faktor 1 gilt. Für größere Haushalte wird dieser je Kind um den Faktor 0,3 erhöht, für jedes jugendliche und erwachsene Haushaltsmitglied um den Faktor 0,5.

## Die Kinderarmut in Bremen wächst: Seit Hartz IV lebt mehr als jedes 4. Kind auf Sozialhilfeniveau!

Kinder (0-18 J.) in Bremen, die auf Sozialhilfeniveau leben, Anteil an der Altersgruppe, 1993-2005

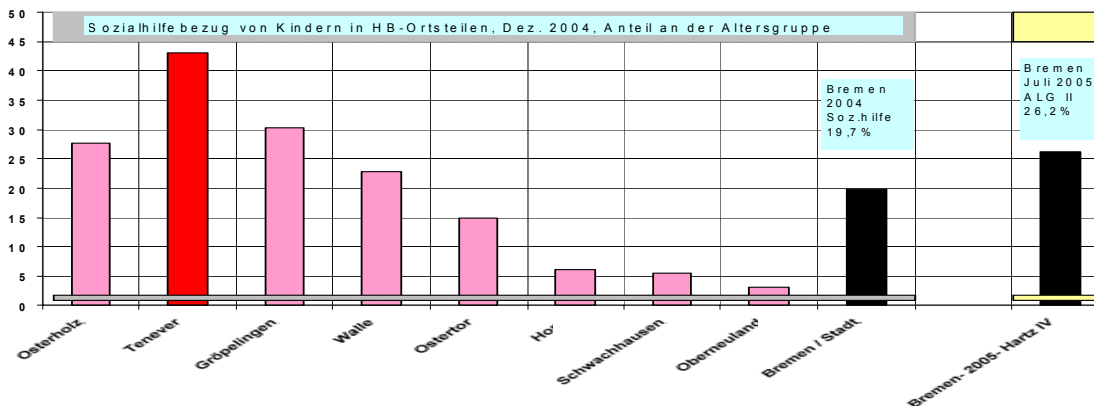


Bremen legte bislang keinen Armutsbericht vor, politische Initiativen der grünen Bürgerschaftsfraktion sind stets gescheitert. Die Armutsdiskussion konnte sich im wesentlichen nur auf die Sozialhilfestatistik stützen.

Quelle: Die Ortsteile der Stadt Bremen 2005,  
Statistisches Landesamt Bremen

## Das ist je nach Ortsteil ganz unterschiedlich: In Tenever ist jedes 2. Kind arm, in Oberneuland nur jedes 30.

Kinderarmut in Bremer Ortsteilen - Anteil der 0 - 18-Jährigen Sozialhilfebezieher an der Altersgruppe -  
bzw. ALG II-Bezieher 2005



Quelle: Die Ortsteile der Stadt Bremen 2005,  
Statistisches Landesamt Bremen

Wenn die Annahme richtig war, dass der rasante Anstieg der Kinderarmut durch Hartz IV in Bremen sich annähernd gleichmäßig in der Stadt vollzog, dann war die These, dass in Bremen-Tenever inzwischen jedes 2. Kind arm war, noch eine konservative Schätzung.

**Etwa 22.000 Kinder unter 18 Jahren leben in Bremen auf Sozialhilfeniveau. Für sie gelten meist die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II.**

**Von diesen Regelsätzen ist alles zu bezahlen außer Miete und Heizung. Einmalbedarfe (z. B. Fernseher kaputt) werden nicht mehr akzeptiert. Dergleichen muss aus dem Regelsatz angespart werden. Ausnahmen gibt es nur in 3 Fällen:**

- Erstausrüstung (z. B. nach einer Scheidung)
- Erstausrüstung nach einem Brand
- Klassenfahrten

**Die Regelsätze liegen bei**

345 Euro für Erwachsene	Hinzu kommt Miete und Heizung* (max. 50 qm)
622 Euro für ein Paar (=2 X 90%)	Hinzu kommt + 10qm Wohnfläche
207 Euro für ein Kind bis 14 Jahren (60%)	Hinzu kommt + 10qm Wohnfläche
276 Euro für einen Jugendlichen (80%)	Hinzu kommt + 10qm Wohnfläche

### **Armutsgrenzen und Regelsätze nach Haushaltsgröße**

Haushalt	Armutsgrenze	ALG II-Regelsätze inkl. Miete + Heizung
<b>Single</b>	<b>938</b>	<b>668</b>
<b>Paar</b>	<b>1407</b>	<b>1041</b>
<b>Paar + 1 Kind</b>	<b>1688</b>	<b>1320</b>
<b>Paar + 2 Kinder</b>	<b>1970</b>	<b>1583</b>

Die Regelsätze des ALG II plus Wohn- und Heizkosten liegen etwa 20% unter den Armutsgrenzen des Armutsberichts. Damit war klar: Die Bremer Sozialhilfestatistik bzw. die neue ALG II-Statistik war geeignet, um Kinderarmut in Bremen zu messen.

\* Zahlen für Miete/Heizung: Stand Mai 2005

**Die Regelsätze sind von Bund und Ländern nach der „Regelsatzverordnung“ im „Statistikmodell“ festgelegt worden. Dieses sieht vor:**

- 1. In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird von allen Haushalten festgehalten wie hoch ihr Einkommen ist und für welche Gütergruppen es ausgegeben wird**
- 2. „Zu Grunde zu legen sind die Verbrauchsausgaben der untersten 20%...nach Herausnahme der Empfänger von...Sozialhilfe“ (Regelsatzverordnung §2)**
- 3. So sollen die Regelsätze den Verbrauch der unteren Einkommen widerspiegeln.**
- 4. Tatsächlich werden nur die Ausgaben der untersten 9% berücksichtigt. Bei den untersten 20% wäre der Regelsatz nicht 345 Euro sondern 627 Euro.**
- 5. Die Ausgaben der unteren 9% werden in allen Gütergruppen gekürzt, um 4% bei Nahrung, um 11% bei Bekleidung, um 58% bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“.**
- 6. Die Gründe für die Kürzungen sind z.T. absurd. Beispiel Bekleidung: Die Ausgaben der ärmsten 9% „enthalten jedoch einzelne Positionen, die nicht dem notwendigen Bedarf zuzurechnen sind – z.B. für Maßkleidung, Pelze“ (Regelsatzverordnung S. 7)**
- 7. So konnten wir untersuchen, wie viele Regelsatz-Euro für welche Güter vorgesehen sind.**

Wovon lebt ein Kind auf Sozialhilfeniveau? Was gesteht der Staat mit seinen Zahlungen einem solchen Kind zu? Diese Fragen führten zu einer Auseinandersetzung mit den Regelsätzen am Beispiel eines 13-jährigen, der 207 Euro Regelsatz monatlich erhält.

Im folgenden Kapitel 5.3 werden die Korrekturen, die der Portwätschen für notwendig erachtet, beschrieben und betragsmäßig beurteilt.




**Tabelle 3: EVS 1998 (Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes für das BMGS), Aufwendungen für den regelastrelevanten privaten Verbrauch; Referenzgruppe: die untersten 20 % der nach ihren Nettoeinkommen angeordneten Ein-Personen-Haushalte in Westdeutschland - ohne Sozialhilfebezieher; Grenzwert 1.777 DM; verzeichnet sind alle Gütergruppen und Einzelpositionen, die Eingang in die ab Januar 2005 gültige Regelastverordnung gefunden haben; Beträge hochgerechnet auf den 1. Januar 2005 anhand des Rentenwertes mit + 7,33 %**

LM Nr.	EVS Code-Nr.	Gütergruppen	Durchschnittliche monatliche Ausgaben je Haushalt in DM	Berücksichtigter Anteil in %	Gesamtbeitrag in DM 1998	Gesamtbeitrag in Euro hochgerechnet 2005	Gesamtbeitrag in Euro hochgerechnet 2005
<b>Abteilung (01) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren</b>							
1	01.0	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	252,14	98 %	242,05	123,76	132,71
					Summe (Euro)	123,76	132,71
					Prozentanteil	98,68 %	98 %
					Prozentanteil gerundet		
<b>Abteilung (02) Bekleidung und Schuhe</b>							
2	02.03.11.01	Bekleidungsstoffe	1,02	100 %	1,02	0,52	0,99
3	02.12	Bekleidung (Strumpfwaren)	46,89	80 %	42,33	21,58	23,14
4	02.121.01	Andere Bekleidungsartikel und Zubehör	3,88	100 %	3,88	1,99	2,12
5	02.141.01	Oberweite Bekleidung, Wäsche, Reparatur u. Made von Bekleidung	3,19	100 %	3,18	1,69	1,79
6	02.21	Schuhe und andere Fußbekleidung	13,89	88 %	15,11	5,58	6,08
7	02.221.01	Reparatur und Made von Schuhen	1,17	100 %	1,17	0,60	0,64
					Summe (Euro)	31,96	34,28
					Prozentanteil	89,32 %	89 %
					Prozentanteil gerundet		
<b>Abteilung (04) Wohnen</b>							
8	04.311.01	Reparatur der Wohnung (Maler / Klempner)	6,38	100 %	6,38	3,26	3,50
9	04.321.01	Dienstleistungen I. Instandhaltung bzw. Reparatur Wohnung (Maler) Stoen (Maler, Untermaier)	3,09	100 %	3,09	1,59	1,80
10	04.811.01		44,50	85 %	37,83	19,34	20,74
					Summe (Euro)	34,18	35,93
					Prozentanteil	7,72 %	8 %
					Prozentanteil gerundet		

LM Nr.	EVS Code-Nr.	Gütergruppen	Durchschnittliche Ausgaben je Haushalt in DM	Berücksichtigter Anteil in %	Gesamtbeitrag in DM 1998	Gesamtbeitrag in Euro hochgerechnet 2005	Gesamtbeitrag in Euro hochgerechnet 2005
<b>Abteilung (05) Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgegenstände etc.</b>							
11	05.193.01	Möbel und Einrichtungsgegenstände	13,56	85 %	10,86	5,55	5,95
12	05.121.01	Teppiche und Bodenbeläge	2,40	100 %	2,40	1,27	1,35
13	05.131.01	Reparatur an Möbeln, Einrichtung etc. Holzarbeiten	0,54	100 %	0,54	0,28	0,30
14	05.210.01		4,23	100 %	4,23	2,16	2,32
15	05.310.01	Andere Haushaltsgegenstände	6,17	100 %	5,17	2,84	2,83
16	05.311.01	Küch- und Gefriergeräte	2,87	100 %	2,57	1,47	1,59
17	05.312.01	Waschmaschinen etc.	4,10	100 %	4,18	2,10	2,25
18	05.320.01	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	2,71	100 %	2,71	1,39	1,49
19	05.321.01	Reparaturen an Haushaltsgeräten	1,31	100 %	1,31	0,67	0,72
20	05.410.01	Glaswaren, Tafelgeschirr u. a. Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	4,87	100 %	4,57	2,34	2,51
21	05.5	Werkzeuge und Geräte für Haus- und Garten	2,87	100 %	2,87	1,47	1,58
22	05.61	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	8,19	100 %	8,78	4,46	4,81
					Summe (Euro)	25,83	27,78
					Prozentanteil	86,74 %	87 %
					Prozentanteil gerundet		
<b>Abteilung (06) Gesundheitspflege</b>							
23	06.111.01	Pharmazeutische Erzeugnisse (ohne für Tiere)	12,73	100 %	12,37	6,51	6,90
24	06.112.01	Andere medizinische Erzeugnisse	3,73	100 %	3,73	1,91	2,04
25	06.113.01	Therapeutische Geräte und Zubehörsachen	7,54	100 %	7,34	3,86	4,14
					Summe (Euro)	12,28	13,17
					Prozentanteil	83,76 %	84 %
					Prozentanteil gerundet		
<b>Abteilung (07) Verkehr</b>							
26	07.131.01	Fahrräder	1,39	100 %	1,36	0,68	0,74
27	07.211.01	Ersetzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge (Zubehör für Fahrräder)	3,28	30 %	0,65	0,33	0,35
28	07.310.01 (0.320.01)	Verkehrsmittelvermögen (Gitarrenverleiher und Straßenverkehr)	33,04	100 %	33,04	16,86	18,11
					Summe (Euro)	17,91	19,20
					Prozentanteil	37,61 %	37 %
					Prozentanteil gerundet		

Die SchülerInnen bildeten Arbeitsgruppen entlang verschiedener Warengruppen, die in der hier abgebildeten Tabelle 3 enthalten sind. Als erstes berechneten sie dabei, wie viel Geld für einen 13-Jährigen bereit hielt, also 60% der angegebenen Summe.

Quelle: »ZUM LEBEN ZU WENIG ... Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe«, Der Paritätische Wohlfahrtsverband, 2004

UM Nr.	CVS Code-Nr.	Gütergruppen	Durchschnittliche monatliche Ausgaben je Haushalt in DM	Berücksichtigter Anteil in %	Gesamt-betrag in DM 1998	Gesamt-betrag in Euro 1998	Gesamt-betrag in Euro hochgerechnet 01/2005
<b>Abteilung 08</b>  <b>Nachrichtenübermittlung</b>							
29	08.119.01	Post- und Kurierdienstleistungen	6,66	100 %	6,66	3,58	3,82
30	08.12	Telefon, Faxgeräte, Anrufbeantworter	2,54	50 %	1,27	0,68	0,70
31	08.121.01	Telefon- und Telekommunikationsleistungen	54,28	80 %	32,07	16,88	17,85
			<b>Summe (Euro)</b>		<b>65,68</b>		<b>22,37</b>
					<b>Prozentanteil - gerundet</b>		<b>64 %</b>
<b>Abteilung 39</b>  <b>Freizeit, Unterhaltung und Kultur</b>							
32	09.111.01	Ranfertigte Getränke	2,08	88 %	1,90	0,66	0,71
33	09.112.01	Fertiggetränke	6,46	58 %	3,23	1,68	1,77
34	09.131.01	Informationsverarbeitungsgüter, inkl. Software	6,68	58 %	3,35	1,71	1,80
35	09.21	Größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit im Freien: Räucherer, Musikinstrumente	8,91	75 %	6,02	3,08	3,38
36	09.31	Spiele, Spielzeug, Hobbywaren	5,50	70 %	4,81	2,36	2,53
37	09.32	Gartenwerkzeuge und Verbrauchsgüter für Gartenpflege, Schnittklümmen etc.	8,85	75 %	6,49	3,32	3,56
38	09.420.01	Bereich von Sport- und Freizeitveranstaltungen bzw. -veranstaltungen	12,96	70 %	8,44	4,32	4,63
39	09.423.02	Ausleihergebühren	0,83	100 %	0,83	0,42	0,45
40	09.425.01	Sonstige Freizeit- und Kulturveranstaltungen	5,80	70 %	4,12	2,11	2,26
41	09.500.01	Zerlangen, Zerbrechen und andere Druckvorgänge	18,85	100 %	18,85	9,86	10,34
42	09.511.01	Bücher	10,51	100 %	10,51	5,58	5,89
43	09.541.01	Schreibwaren und Zeichenmaterialien	4,03	100 %	4,03	2,08	2,21
			<b>Summe (Euro)</b>		<b>36,82</b>		<b>38,48</b>
					<b>Prozentanteil - gerundet</b>		<b>42 %</b>
<b>Abteilung 11</b>  <b>Beherbergungs- / Gastabdiensleistungen</b>							
44	11.1	Verpflegungsleistungen (außer: Verbotener Haus)	55,68	33 %	18,35	9,38	10,08
			<b>Summe (Euro)</b>		<b>9,38</b>		<b>10,08</b>
					<b>Prozentanteil - gerundet</b>		<b>39 %</b>

UM Nr.	CVS Code-Nr.	Gütergruppen	Durchschnittliche monatliche Ausgaben je Haushalt in DM	Berücksichtigter Anteil in %	Gesamt-betrag in DM 1998	Gesamt-betrag in Euro 1998	Gesamt-betrag in Euro hochgerechnet 01/2005
<b>Abteilung 12</b>  <b>andere Waren und Dienstleistungen</b>							
45	12.111.01	Fremdunterkünfte und andere Dienstleistungen für die Körperpflege	18,06	100 %	18,06	8,23	8,80
48	12.120.01	Elektrische Geräte, Auhar und Eiswägen für die Körperpflege	14,89	100 %	14,89	7,50	8,04
47	12.810.01	Fisierzulassleistungen	2,82	29 %	0,65	0,34	0,36
46	12.810.01	Andere Dienstleistungen	13,33	25 %	3,33	1,79	1,87
			<b>Summe (Euro)</b>		<b>36,37</b>		<b>20,13</b>
					<b>Prozentanteil - gerundet</b>		<b>65 %</b>
<b>Besamtsumme Abteilungen (01) bis (12) in Euro</b>						<b>301,74</b>	<b>345,01</b>

Quelle: »ZUM LEBEN ZU WENIG ... Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe«, Der Paritätische Wohlfahrtsverband, 2004

Schon die erste Berechnung brachte eine große Überraschung: Die Abteilung 1 (Nahrungsmittel) sieht für einen Erwachsenen für Nahrung 132,71 Euro im Monat vor. Von 60% dieser Summe, also von etwa 79 Euro soll ein 13-jähriger ernährt werden.

Güter-Gruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Vergleich: Jugendl. 10-20 J. im 2. Weltkrieg	Unsere Meinung
<b>Nahrung</b>	138,24 €	- 4%	132,71€ im Monat	79,62 € im Monat = <b>2,62 €</b> am Tag	<b>Mittagessen</b> in der Schulmensa: <b>1,53 € am Tag</b> Restbetrag für - Frühstück - Abendbrot - Zwischenmahlzeit - Obst - Getränke - Süßigkeiten  = <b>1,09 € am Tag</b>  2 Roggenbrötchen = 0,66 € 2 Scheiben Käse = 0,37 € Streichfett = 0,06€	1 L Milch 0,55 1 L Cola 0,89 1 Banane 0,34 1 Apfel 0,37 1 Joghurt..0,35 1 Hanuta 0,39 2 weitere Vollkornbrötchen 0,66 4 Scheiben Salami.....0,33  <b>Summe 3,88€</b>	<b>Brot:</b> 12.800g <b>Fett:</b> 350 g <b>Fleisch:</b> 1.000g <b>Nährmittel:</b> 1.250 g <b>Käse:</b> 125 g <b>Zucker:</b> 625 g <b>Kaffeersatz</b> 125 g <b>Kartoffeln:</b> 16.000 g <b>E-Milch:</b> 6 L <b>Vollmilch:</b> Gab es nicht <b>Fisch:</b> 500 g	13-jährige brauchen mehr Kalorien als Erwachsene. Der Regelsatz ist zu gering.  <u>Getränke sind fast nur als Leitungs-Wasser zu bezahlen.</u>  Zu 2,62 € am Tag ist eine gesunde Ernährung kaum vorstellbar. Auch nicht, wenn man subventioniert in der Ganztags-schule zu Mittag isst.  Man könnte meinen, in manchen Positionen seien Kriegsrationen günstiger gewesen.



3,86  
0,58 2 Brötchen  
0,58 2 Brotchen  
2,12  
5,02

Projektbereich Nahrung: In der Schulmensa gab es ein Mittagessen für 2,25 Euro. ALG II-Bezieher bekamen es für 1,53 Euro, subventioniert vom Bildungs-senator. Vom monatlichen Regelsatz von 79 Euro waren allein damit schon 46,50 Euro ausgegeben.

# SCHUHE




Gütergruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
Schuhe	7,61 €	28% Mutterkappe, Gebrauchtschuhe möglich	6,09	<del>43,85</del> Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>Tatenschuhe 2 Paare (18,00 €)</li> <li>Sportschuhe 1 Paar (9,99 €)</li> <li>Sandalen 1 Paar (9,99 €)</li> <li>Straßenschuhe 1 Paar (9,99 €)</li> <li>Winterschuhe 1 Paar (14,90 €)</li> <li>Bockstiefeln 1 Paar (0,99 €)</li> <li>Seelen 30 Paar (23,97 €)</li> </ul> <p>Gesamtpreis 88,89</p> <p><u>Die billigsten Preise!!!</u></p>	Es fehlen 44,84 € Denn die Zusatzbedürfnisse eines 13-jährigen gedeckt werden. Ein 13-jähriger reißt 2 Jahre sparen wenn er sich die hier aufgelisteten Schuhe leisten kann. Außerdem hat er kein Geld für Fußballschuhe, falls er in einen Verein betreten möchte.	13-jährige brauchen mehr Schuhe als Erwachsene, weil sie besonders schnell wachsen. Der Regelsatz ist zu gering. Zu 43,85 € / Jahr sind keine Schuhe finanzierbar. Auch nicht, wenn man ein Paar Schuhe länger als ein Jahr trägt.



Projektbereich Schuhe: Auch wenn in der Kategorie »Winterschuhe« Sportschuhe die billige (wenn auch vielleicht nicht so geeignete) Alternative zu Stiefeln waren, ist das Zugeständnis von 43,85 Euro im Jahr für Heranwachsende nur als zynisch zu bezeichnen.

Güter-Gruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
Andere Waren und Dienstleistungen = <b>Friseur</b> <b>Körperpflege</b> <b>Banken</b>	31,11 €	Minus 35% wegen: - Courtagen f. Finanzanlangerberater zur Bildung von Vermögen - Steuerberatung - Edelmetall - Schmuck  Haben das arme Menschen? Welch ein Zynismus!	20,13€	12,07€ /Mon. Davon: <b>5,94 € Frisör</b>  <b>-4,82 € für Körperpflege</b>	Bedürfnisse für die Pflege des Körpers: -Friseurbesuch = 9,50 €  -Zahnpasta = 1,29 € -Kamm = 1,99 € -Duschgel = 0,65 € -Shampoo = 0,65 € -Deo = 1,49 € -Wattestäbchen = 0,99 € -Klopapier = 1,59 € -Haargel = <u>2,59 €</u> =Summe 11,24 €	20,74-12,07=8,67 €	Der Regelsatz ist zu gering. Selbst wenn man nicht davon ausgeht, dass die aufgelisteten Einkäufe alle im selben Monat gekauft werden, reicht das Geld hinten und vorne nicht. Alleine der Friseur nimmt schon fast das ganze Budget für diese Gütergruppe in Anspruch.

Projektbereich Friseur/Körperpflege: Der Regelsatz für diese beiden Kategorien liegt bei 10,76 Euro. Allein ein Besuch beim Friseur nimmt mit 9,50 Euro fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden Budgets in Anspruch.

Güter-Gruppen	Ausgaben je Haushalt	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
Schreibwaren und Zeichenmaterialien	2,21 € Keine Kürzung 	2,21 € / Mon.	<b>1,32 €</b> / Mon. 15,84 € / = 1. Jahr	Collegelblock (0,99€), Bleistifte und Buntstifte [5,00€] = (5,99€)	Es fehlen einige Dinge, die sehr wichtig sind z.B. für eine Einschulung Schulranzen, Federmappe, Schultüte Taschenrechner: Bei Mathe-LK mit Grafikfunktion 99,-	Der Regelsatz viel zu gering ist. Unter solchen Umständen ist ein erfolgreiches Lernen unmöglich. Es fehlen außerdem noch viele andere notwendigen Sachen wie z.B. Schreibhefte, Zeichenhefte usw.
Bücher	5,98 € Keine Kürzung 	5,98 € / Mon.	<b>3,60 €</b> / Mon. 43,20 € / = 1. Jahr	Nur notwendige Schulbücher u. Sachbücher wurden gekauft.  Bürowirtschaftsbücher (Interrad GmbH 2 Stück pro Jahr) = 13,50 € * 2 = 27,00 €* im Jahr. Computertextverarbeitung Lernbuch 13,00 €*. (*alle Bücher wurden über die Schule mit zusätzlichen Vergünstigungen gekauft)	Freizeitbücher sind nicht zu bezahlen.  Der Regelsatz ist mit den notwendigen Schulbüchern (workbooks z.B.) aufgebraucht.	Ein erfolgreiches Lernen ist unmöglich, man kann sich gerade mal die Schulbücher leisten. Für Freizeitbücher bleibt aber dann kein Geld mehr übrig. Kein Wunder warum Bremen den letzten Platz bei Pisa bekommt! Lesen nur über öffentliche Bibliotheken.
Zeitungen, Zeitschriften etc	10,24 € Keine Kürzung	10,24 € / Mon.	<b>6,14 €</b> / Mon.	z.B. Bravo für Kinder 1,90 € (wöchentlich) 8,14 € = Monat ; Ausmalbuch 2,95 € ; 	WeserKurier, Spiegel, Focus, TV Zeitschriften  WeserKurier Abonnement  17,90 € / Monat	Kinder brauchen mehr als nur eine Zeitschrift z.B. Bravo oder ein Malbuch. Der Regelsatz ist zu viel gering. Eine gerechte Alltags-Gestaltung oder eine künstlerische Weiterbildung ist nicht vorstellbar. Ein Erwachsener kann sich nicht einmal ein Abonnement für den WeserKurier leisten!

Projektbereich Schreibwaren/Bücher/Zeitungen:  
Zwei Bücher z. B., die nicht unter die Lehrmittelfreiheit fallen, kosten 27 Euro – und das für nur ein Schulfach. Die Regelsätze für Bücher sind so gering, dass die SchülerInnen 7 Monate nur dafür sparen müssen.

Gütergruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
<b>Verkehr</b>	26,22	Minus 37%, weil Kosten für einen PKW nicht übernommen werden. Ein PKW ist zwar erlaubt, – man benötigt es zur Arbeitsuche – aber es gibt keinen Cent für Benzin, Öl etc.	19,20 Euro davon: a) Fahrrad: 0,74 im Jahr – 8,88  b) Bus/ Bahn: 18,11 Euro	11,52 Euro davon <b>Fahrrad: 0,44 Euro</b> Im Jahr=5,28  <b>Bus /Bahn: 10,87 Euro</b>	Neues Fahrrad = 179 Euro d.h. 34 Jahre sparen Fahrrad vom Flohmarkt = ca. 30 Euro, d.h. 6 Jahre  Eine Schülerkarte bei der BSAG kostet 28,20 Euro	Selbst ein gebrauchtes Rad ist nur nach 6 Jahren zu bezahlen. Für die Schüler-Monatskarte fehlen 17,33 Euro Wo einsparen?	Alle Jugendlichen sollten dieselben Bildungschancen haben. Dies ist für arme Kinder nicht möglich, wenn die Fahrtkosten, zur gewünschten Schule nicht übernommen werden!  Gibt es eine freie Schulwahl nur für Kinder wohlhabender Eltern? Auch bei staatlichen Schulen?  Es fehlen 17,33 € für die Straßenbahn. Außerdem sollte jeder Jugendliche ein Fahrrad besitzen. Das ist mit den Geldmitteln aber nicht möglich! Hier muss man 34 Jahre für ein neues Rad sparen und ca. 6 Jahre für ein gebrauchtes Fahrrad.



Projektbereich Verkehr: Hier wurden die Kosten für eine Schülermonatskarte (28,20 Euro) und ein gebrauchtes Fahrrad vom Flohmarkt (30 Euro) den Regelsätzen für Bus/Bahn (10,87 Euro) und ein Fahrrad (44 Cent) entgegengestellt.

Gütergruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
Besuch von Sport- und Freizeitveranstaltung	6,61 €	Minus 30 % wegen nicht akzeptablen Ausgaben für Sportboote, Segelflzeuge, Wohnwagen	4,63 €	<b>2,78 € / Monat</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kinokarte = 4,50 Euro</li> <li>- Werder = ca. 6,50 Euro</li> <li>- Hallenbad = 2,20 Euro</li> <li>- Überseemuseum = 2,50</li> <li>- Theater = ca. 6 Euro</li> <li>- Eislaufen = 3 Euro plus 3,50 Euro Schlittschuhe ausleihen</li> <li>- Jeweils die billigsten Karten</li> </ul>	Für den Regelsatz von 2,78 Euro ist pro Monat ein Besuch eines Hallenbades oder z.B. des Überseemuseums drin. Für Kino, Theater oder Werder muss man 2-3 Monate sparen.	Teilnahme am kulturellen Leben gehört auch für Arme zur Menschenwürde. Arme Kinder sind von fast allem ausgeschlossen. Während andere am Wochenende 1 ins Kino gehen, an 2 ins Stadion, an 3 ins Theater und an 4 für die Disco zahlen, müssen andere dafür monatlang sparen.



Kategorie	Preis
Kategorie 1	11,00 €
Kategorie 2	8,00 €
Kategorie 3	6,00 €
Kategorie 4	4,00 €
Kategorie 5	2,00 €
Kategorie 6	1,00 €
Kategorie 7	0,50 €
Kategorie 8	0,20 €
Kategorie 9	0,10 €
Kategorie 10	0,05 €
Kategorie 11	0,02 €
Kategorie 12	0,01 €

Spiele der Kategorie 1 kosten für einen 11-Jährigen z.B. 6,50 Euro.



Kinderoper „BRUNDBAR“ für Schüler 6,-EURO



Kindergebarung in der Einkaufsfuhr nicht zu finanzieren

Kosten	Einzelkosten	Monatskosten
Kinder & Familien	2,50 €	2,50 €
Wohnung & Natur	2,00 €	2,00 €
Essen	2,00 €	2,00 €
Einzelkosten	2,00 €	2,00 €
Monatskosten	2,00 €	2,00 €
Einzelkosten	2,00 €	2,00 €
Monatskosten	2,00 €	2,00 €
Einzelkosten	2,00 €	2,00 €
Monatskosten	2,00 €	2,00 €
Einzelkosten	2,00 €	2,00 €
Monatskosten	2,00 €	2,00 €

Projektbereich Freizeit/Sport: Der Mitgliedsbeitrag für Kinder und Jugendliche im TSV Osterholz-Tenever beträgt monatlich 6,50 Euro. Wer Fußball spielen will, zahlt noch 1,50 Euro zusätzlich. Dagegen steht der Monatsregelsatz von 2,78 Euro.

Gütergruppen	Ausgaben je Haushalt	Kürzung in % wegen ...	Regelsatz Erwachsene 100%	Regelsatz Kinder 60%	Einkauf	Differenz- Was fehlt?	Unsere Meinung
Waschmaschine etc.	2,25€ pro	Keine Kürzung	2,25 € im Monat = 27 € im Jahr  Haushalt einer Allein-erziehenden	1,35 € Monat 16,20 € /Jahr  mit Kind im Jahr: 43,20 €	Kauf einer Waschmaschine: 299,00€  Ein Erwachsener müsste etwa 11 Jahre sparen, um eine Waschmaschine zu kaufen.  Eine Alleinerziehende mit Kind müsste etwa 7 Jahre sparen. Unklar ist, welche anderen Elektrogeräte sich unter „etc.“ verbergen	Wasserkosten müssten bezahlt werden Stromkosten müssten bezahlt werden und Waschmittel müssen gekauft werden und das alles kostet Geld.	Früher könnte man zum Sozialamt gehen, um sich die Reparatur bezahlen zu lassen oder Geld für eine neue Waschmaschine zu bekommen. Das ist vorbei. Das Geld muss jetzt angespart werden. Das dauert in unserem Fall mindestens 7 Jahre. Unserer Meinung nach ist der Regelsatz zu gering. Wenn heute unsere Waschmaschine kaputt geht haben wir kein Geld, um eine neue zu kaufen. Das geht frühestens 2012. Was bleibt? Ein Kredit. Der muss sofort mit 17 € abgezahlt werden. Das gilt auch für andere Geräte z.B. Fernseher, Möbel, Kühlschränke. Verschuldung droht bis zur Bildung vom Sparvermögen.



Projektbereich Waschmaschinen etc.: Eine Waschmaschine auf Raten zu kaufen, ist teuer. Bei einer Laufzeit von max. 4 Jahren werden aus 299,- Euro mit Zinsen 381,- (bei einer monatlichen Rate von 7,93 Euro). Wer wenig Geld hat, zahlt stets mehr, als der, der hat.

## An die Lehrerinnen und Lehrer in Bremen

Wir, die unterzeichnenden Schülerinnen und Schüler, haben uns in den letzten Monaten in schulischen Projekten mit dem Problem der Kinderarmut beschäftigt.

**Durch die Umstellung auf Hartz IV lebt in Bremen inzwischen mehr als jedes vierte Kind auf Sozialhilfeniveau, in manchen Ortsteilen sogar fast jedes zweite Kind.**

Die Beschäftigung mit den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II hat uns gezeigt, dass diese gerade für Kinder unzureichend sind. Dazu einige Beispiele für einen 13-Jährigen. Für ihn stehen pro Monat insgesamt 207 Euro Regelsatz zur Verfügung.

- Wenn ein Kind in der Schulmensa zu Mittag isst, bleibt ihm nach Regelsatz noch 1,10 Euro für Frühstück, Abendbrot, Zwischenmahlzeit und Getränke am Tag.
- Für Schreib- und Zeichenmaterialien steht monatlich 1,32 zur Verfügung,
- für Spielzeug, Spiele und Hobbywaren 1,51 Euro,
- für Bücher 3,59 – da muss man als Schüler sogar für Schulbroschüren sparen,
- für Schuhe 3,65 Euro oder 43,85 im Jahr.
- Wenn man zur Schule fahren muss, gibt es 10,87 Euro für die Straßenbahn. Die Monatskarte kostet aber 28,20 Euro.
- Für Sport- und Freizeitveranstaltungen stehen 2,87 bereit. Kino, Werder, Universum unmöglich.

Für vieles, was anderen selbstverständlich ist, sind die Gelder des Regelsatzes äußerst knapp bemessen. Aber es gibt auch Bereiche, die gar nicht vorgesehen sind. So zum Beispiel:

- Die Mitgliedschaft in einem Verein (Beitrag)
- Nachhilfeunterricht
- Musikunterricht
- Reisen und Urlaub

Könnte für ein Kind früher bei der Einschulung z. B. ein Tornister und eine Schultüte als Einmalbedarf beim Sozialamt beantragt werden, muss das Geld jetzt vorher angespart werden. Das gilt auch für Hausgeräte und andere außergewöhnliche Anschaffungen. Für eine neue Waschmaschine muss man mindestens zehn Jahre sparen. Wenn die alte vor 2015 schrottreif ist, hilft nur ein Kredit. Einmalbedarf gibt es nur z. B. nach einem Brand. Fast der einzige Bereich, für den ein ALG II-Empfänger noch Mittel außer dem Regelsatz beantragen kann, ist die Klassenfahrt. Außer einem Besuch „bei Oma“ liegt in einer Klassenfahrt die einzige Chance für arme Kinder, mal „raus zu kommen“, mal etwas anderes zu sehen, zu verreisen.

### Liebe Bremer Lehrerinnen und Lehrer,

Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass Reisen bildet. Unsere Bitte: Wenn Sie das nächste Mal darüber nachdenken, ob Sie Ihrer Klasse eine Klassenfahrt anbieten, dann denken Sie – bei aller Belastung einer solchen Fahrt – bitte auch daran, welche Chance darin für jedes vierte Kind in Bremen liegt: Es ist meist die einzige Chance im Jahr, etwas von der Welt zu sehen.

**Kurz: Wir wünschen uns einen Boom von lehrreichen und spannenden Klassenfahrten auch durch die Bremer Lehrerinnen und Lehrer, die bisher davon Abstand nahmen.**

Bitte nehmen Sie die wachsende Kinderarmut in unserer Gesellschaft – die gerade in Bremen auch Einfluss auf die Resultate von Bildung hat (PISA) – auch als Lehrkraft zum Anlass für verstärktes Engagement zu Gunsten armer Kinder. Vielen Dank.

i.A.: C. Abelmann, U. Noltenius, K. Prange; weitere Unterschriften auf der Rückseite;  
P.S.: Bitte geben Sie uns eine Rückmeldung per mail an: kontakt@nachtderjugend.de

Alle LehrerInnen in Bremen haben diesen Brief bekommen. Wenn nur 1% sich davon überzeugen ließe, also 50 Klassenfahrten mehr stattfänden, würden ca. 1000 SchülerInnen profitieren. Weil statistisch jedes 4. Kind arm ist, wäre für 250 eine „Bildungsreise“ möglich.



## Schüler thematisieren Kinderarmut in Bremen

Vorbereitung auf Nacht der Jugend / „Diskutieren statt wegsehen“

Von unserer Mitarbeiterin  
Lotte Bamberger

**BREMEN-OSTERHOLZ.** Kinderarmut – das ist eines der Themen, mit dem sich am kommenden Mittwoch die „Nacht der Jugend“ im Rathaus beschäftigen will. Dabei geht es nicht um die Zustände in Entwicklungsländern, sondern um die in Bremen. Wie das Thema plastisch darstellbar werden kann und um sich auf die Diskussion mit Politikern vorzubereiten – dazu trafen sich jetzt Vertreter von sieben Bremer Schulen im Schulzentrum Walliser Straße.

Alle Schüler haben sich in den vergangenen Wochen im Unterricht mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt. Erlescht würde hauptsächlich, wie viel Geld ein Kind zum Leben hat, wenn die Familie Arbeitslosengeld II (ALG II) bezieht und wie hoch die Kinderarmut in Bremen wirklich ist.

Dazu haben sich die Schüler folgende Zahlen aus dem Armutsbericht der Bundesregierung und den Bremer Sozialhilfe-Statistiken beigege. Die Zahl armer Kinder in Bremen ist seit dem 31. Dezember 2004 von 19,7 auf 20,2 Prozent im Juli 2005 gestiegen. Das bedeutet: Jedes vierte Kind in Bremen ist sozial schwach. Im Stadtteil Tenover lag der Pro-

zentssatz Ende 2004 sogar bei fast 45 Prozent, somit ist dort beinahe jedes zweite Kind arm, wenn man von den Begünstigten des Arbeitslosenzuges II ausgeht. So liegt die Armutsgrenze für ein Paar mit einem Kind bei 1688 Euro. Das ALG II zahlt aber nur 1320 Euro aus, also einen Betrag, der weit unter dieser Grenze liegt.

Für den Leiter des Projektes zum Thema Kinderarmut, den Bremer Lehrer Hans-Wolfram Stein, sind diese alarmierenden Fakten Grund genug, Bürger und Politiker auf das Thema aufmerksam zu machen. Es sei „wichtig, solche gesellschaftlichen Probleme anzusprechen und über Lösungen zu diskutieren anstatt wegzusehen“, betont er. Die Nacht der Jugend sei dafür genau der richtige Rahmen, da es ja um Kinder und Jugendliche gehe.

Auch die Schulleiterin des Schulzentrums Walliser Straße, Irene Kogel, ist dieser Meinung. Bei der Begrüßung zum Forum zeigte sie sich erfreut darüber, dass ihre Schule als Veranstaltungsort gewählt wurde. Dies sei „ein guter Anfang, um die Probleme in Tenover zu bekämpfen“.

Die Schüler präsentierten ihre Ergebnisse auf ganz unterschiedliche Arten. Der Gestaltungskurs der Abwin-Lanke-Straße zeigte



Die Schülerinnen Lisa Scheeper, Saskia Leufert, Karin Fischer und Julia Goll (v.l.) stellen dar, wie viel ein Jugendlicher am Tag essen würde (beide Tablett) und wieviel er sich bei ALG II leisten kann: vier Brötchen und vier Scheiben Salami (linkes Tablett). FOTOS:LOTTE BAMBERGER

zwei Schaufensterpuppen: Eine angesprochen wie ein normaler Junge aus mittlerem Stand, die andere mit den Klammotten, die er sich als ALG II-Eingefänger leisten könnte. Bei der zweiten Puppe reichte es gerade mal für die Hälfte jedes Kleidungsstückes. Schü-

lerinnen der Walliser Straße rechneten vor, dass einem Jungen, der von ALG II lebt, nur 1,10 Euro am Tag für Frühstück, Zwischenmahlzeit, Abendessen, Obst, Getränke und Süßigkeiten zur Verfügung stehen, wenn er täglich in der Schulmensa isst.

Neben der ausführlichen Berichterstattung in den Tageszeitungen zeigten sich auch Rundfunk und Fernsehen sehr interessiert. So vereinbarte eine »buten & binnen«-Redakteurin einen gesonderten Termin in einer Klasse des SZ Walliser Straße.

## Mittagessen kostenlos ausgeben

Marieluise Beck, Volker Krönig und Bernd Neumann äußerten sich zur Kinderarmut

VON  
ANNETTE KEMP

Keine Wahlkampfworthüllen, sondern konkrete Aussagen zum Thema Armut entlockten Schüler der Sek II Walliser Straße drei Bundespolitikern.

OSTERHOLZ Die Aula der Gesamtschule Ost wie vergan-

genen Montag pröppenvoll. Rund 250 Schüler wollten die Podiumsdiskussion zum Thema Armut mit Bernd Neumann (CDU), Marieluise Beck (Grüne) und Volker Krönig (SPD) erleben. „Wir hatten 500 Anmeldungen von Schülern, kamen hier aber nicht alle unterbringen“, freute sich Wolfram Stein, Lehrer an der Walliser Straße, über die Resonanz.

Zuvor hatten einige Schüler Thesen aufgestellt, mit denen

sie die Politiker konfrontierten. „Am ist, wer weniger als 90 Prozent des Durchschnittseinkommens bekommt. Fast jedes zweite Kind in Tenever lebt in Armut“, erklärten Sasia, Christian, Lina und Julia. Kinder müssten demnach mit besonders wenig Geld auskommen. Neben dem, was in der Ganztagschule für Mittagessen ausgegeben werde, etwa 46,50 Euro pro Monat, bleibe einem Kind nur wenig zum

Leben. „Für Frühstück, Abendessen, Süßigkeiten, Getränke und Zwischenmahlzeiten bekommt ein Kind unter 13 Jahren rund 1,10 Euro pro Tag“, errechneten die Schüler mit Hilfe ihres Lehrers. Demonstrativ legten sie den Polit-Profis eine Mahlzeit vor, die sie für 1,10 Euro eingekauft hatten. Über ein Fladenbrot, ein Liter Wasser und ein Stück Schokolade staunte Bernd Neumann. „Das, was ihr hier darstellt, ist eindrucksvoll. Natürlich ist es schwierig mit dem Geld auszukommen und natürlich gibt es Armut in unserer Gesellschaft. Die müssen wir bekämpfen. Aber insgesamt ist das Problem komplexer. Wenn wir die deutsche Sozialhilfe im Vergleich zur Versorgung in anderen Ländern sehen, relativiert sich der Eindruck. Armut hängt immer mit der Höhe der Arbeitslosigkeit zusammen“, ist Neumann überzeugt.

Sozialdemokrat Volker Krönig ist ebenfalls sicher, Armut durch „eine aktive Wirtschaftspolitik und eine gelungene Arbeitsmarktpolitik“ wirksam bekämpfen zu können. Wichtig sei aber auch eine umfas-



Mutig stellten die Schüler ihre Fragen an die Politiker.

sende Betreuung und Bildungspolitik. „Im Tenever wurden gerade Ganztagschulen eingerichtet. Diesen Weg müssen wir weitergehen“, sagt Krönig.

### Themenseite Jugend und Politik

Neben dem durch die rot-grüne Koalition eingeführten Armutsbericht der Bundesregierung wäre es gut, eine eigene Bremer Abhandlung vorlegen zu können, schlug Krönig vor und erntete keinen Widerspruch.

„Eine bloße Erhöhung des Kindergeldes ist nicht der richtige Weg. Würde die Steigerung

für jedes Kind in Deutschland zehn Euro betragen, kostet das insgesamt rund zwei Milliarden Euro. Es gibt aber Familien, in denen werden die zusätzlichen zehn Euro nicht für die Kinder ausgegeben. Ich bin misstrauisch der Meinung, dass man die Finanzmittel in Strukturen stecken muss, statt sie an Einzelne zu verteilen. Gemeint ist damit, das Mittagessen in Ganztagschulen, Musik- und Flötenunterricht kostenlos anzubieten“, sagte Beck.

Die Schüler werden sich zur Nacht der Jugend, die im November im Rathaus stattfindet, noch eingehender mit der Thematik Kinderarmut befassen und Ergebnisse dort präsentieren.



Bernd Neumann (CDU), Marieluise Beck (Grüne), GSO-Lehrer Wolfram Stein und Volker Krönig (v.l.) in der Diskussion mit Schülern der Walliser Straße. Fotos: Schüler

Der »Medienrummel« war für die SchülerInnen naturgemäß ausgesprochen ungewohnt. Sie zeigten zum Teil sehr großen Respekt vor den Fernsehkameras, und manche lehnten es gar strikt ab, interviewt zu werden.

# Was haben die Schülerinnen und Schüler gelernt?

## ein Fazit

Die SchülerInnen des Projekts haben sich zunächst ihr Vorverständnis von Armut in unserer Gesellschaft bewusst gemacht und mussten dies anschließend kritisch reflektieren (Fragebogen etc).

Sie haben sich in einem zweiten Schritt mit den gesellschaftlich herrschenden Armutsbegriffen vertraut gemacht und mit deren Operationalisierung im 2. Armutsbericht der Bundesregierung.

Sie haben untersucht, ob die dort vorgelegten Zahlen es gestatten, EmpfängerInnen von Sozialhilfe und ALG II als arm zu bezeichnen. Dazu war eine Auseinandersetzung mit diesen Zahlen notwendig.

Sie haben den Umfang und die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland und in Bremen untersucht, dazu viele Statistiken bear-

beitet und selbst erstellt. Dabei mussten sie feststellen, dass direkt vor ihrer Haustür die Kinderarmut in Bremen am größten ist.

In einem eigenständigen Forschungsprojekt haben sie die Regelsätze für Hartz IV, insbesondere in ihrer Geltung für Kinder daraufhin untersucht, ob sie die hier angegebenen Geldgrößen für ausreichend halten. Sie haben jeweils ihre Einschätzungen hierzu formuliert.

Sie haben sich mit den Forderungen der Verbandsvertreter zu diesen Regelsätzen beschäftigt und diese Forderungen immer wieder gegenüber der Politik vertreten.

Sie haben ihre Arbeitsergebnisse den anderen ProjektteilnehmerInnen präsentiert und die Gelegenheit genutzt, um sich mit herausra-

genden Experten des Themas Kinderarmut in Bremen auseinanderzusetzen.

Sie haben ihre Arbeitsergebnisse in einer großen Ausstellung zusammengestellt und öffentlich, an zentraler Stelle der Bremer Politik, im Rathaus, zur Diskussion gestellt.

Sie haben wiederholt ihre Arbeitsergebnisse mit den in dieser Frage wichtigsten Politikern des Landes Bremen diskutiert. Dabei haben sie politisch geschickt mit eindringlichen Bildern gearbeitet. In vielen der diskutierten Fragen waren sie dabei absolut auf Augenhöhe mit den Politikern, in vielen Fällen sogar deutlich besser informiert. Sie wurden dabei von verschiedenen Seiten heftig und zum Teil unlauter attackiert, haben

aber in den meisten Fällen die Angriffe souverän zurückgewiesen und ihrerseits zur Verunsicherung festgefüger Positionen auf Seiten von Politikern beigetragen. Es war ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie SchülerInnen in den politischen Diskurs einer zentralen gesellschaftspolitischen Frage eingreifen können.

Sie haben für einzelne ihrer Forderungen die Unterstützung von Politikern gewonnen.

Die Bremer Medien – die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen – erkannten, dass im Diskussionsbeitrag der SchülerInnen der Aspekt der Kinderarmut teilweise neu beleuchtet wird und räumten ihren Argumenten relativ großen Raum ein. Die Berichterstattung war durchweg vom Respekt gegenüber der argumentativen Leistung der SchülerInnenarbeit geprägt. Die SchülerInnen lernten im Umgang mit den Medien einerseits selbst mit starken, bildhaften Argumenten zu operieren, andererseits das Interesse mancher Medien abzublocken, die in ihre Privatsphäre eindringen wollten.

In der Auseinandersetzung mit den PolitikerInnen haben die SchülerInnen ihr Anliegen auf der Ebene der Demokratie als Herrschaftsform vorgetragen und mussten dabei beispielsweise lernen, dass jede vordergründig absolut sinnvolle Forderung derzeit sofort auf ihre finanziellen Auswirkungen hin überprüft wird. Sie haben ihren Diskussionsbeitrag auf der Ebene der Demokratie als Gesellschaftsform mit den Verbandsvertretern (Wohlfahrtsverbände etc) und den ArbeitnehmerInnenvertretungen diskutiert. Schließlich haben sie Ihre Erkenntnisse auf der Ebene der Demokratie als Lebensform auf ihre eigenen Lebenserfahrungen angewandt.

Mit dem Brief an alle Bremer Lehrerinnen und Lehrer haben sie selbst die Initiative ergriffen, um für die betroffenen Kinder etwas positiv zu verändern. Sie wollten diese Diskussion nicht nur in die Kollegien der Schulen tragen, sie haben mit diesem Appell vor allem versucht, über mehr Klassenfahrten ein zusätzliches Bildungsangebot für arme Kinder anzuregen. Sollten sie

erfolgreich sein, würde ihre Initiative auch erhebliche finanzielle Mittel für arme Kinder mobilisieren.

Die Schüler konnten erfahren, dass sie auch in politischen Fragen richtig etwas bewegen können. Dazu gehörte ein eigenständiger Diskussionsbeitrag, der auf selbstständigen Recherchen beruhte.

**Hans-Wolfram Stein**

# Initiativen der Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* in der Bremischen Bürgerschaft:

## Impressum

V.i.S.d.P.: Karoline Linnert

Redaktion und Layout: Thomas  
Kollande

Fotos: Ahlers, Caspari, Kollande,  
Quick (3)

Wir bedanken uns bei Dr. Rudolf  
Martens vom Paritätischen Wohl-  
fahrtsverband in Berlin für die  
freundliche Genehmigung für den  
Abdruck.

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

Februar 2006

Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*  
in der Bremischen Bürgerschaft  
Schlachte 19/20, 28195 Bremen  
fon: 0421/3011-0 • fax: 0421/3011-  
250  
fraktion@gruene-bremen.de  
www.gruene-bremen.de

- ›Armut von Kindern in Bremen‹, Frage in der Fragestunde, Bürgerschaft (Landtag) am 25.1. 2006
- ›Gewaltpräventionsprojekt „Kindernot braucht Lösungen“, Frage in der Fragestunde, Stadtbürgerschaft am 13.12. 2005
- ›Angemessene Unterkunftskosten für ALG-II-Empfänger und -Empfängerinnen übernehmen‹, Antrag vom 6.12. 2005, Drs. 16/433 S
- ›Anteil Bremerhavens an eingespartem Wohngeld‹, Frage in der Fragestunde, Bürgerschaft (Landtag) am 9.11. 2005
- ›Entwicklung der Energiekosten in der Stadtgemeinde Bremen‹, Frage in der Fragestunde, Stadtbürgerschaft am 8.11. 2005
- ›BAGIS verschenkt Millionen – Arbeitslose haben das Nachsehen‹, Aktuelle Stunde, Stadtbürgerschaft am 13.12. 2005
- ›Einigungsstellen nach dem SGB II‹, Kleine Anfrage vom 23.8. 2005, Drs. 16/752
- ›Essensversorgung an Ganztagschulen‹, Frage in der Fragestunde, Stadtbürgerschaft am 24.5. 2005
- ›Projekt „Frühes Lernen“ fortführen und ausbauen!‹, Antrag vom 18.5. 2005, Drs. 16/330 S
- ›Welche begleitenden Hilfen bekommen Erwerbslose in Bremen?‹, Kleine Anfrage vom 13.5. 2005, Drs. 16/339 S
- ›Tagesbetreuungsausbaugesetz in Bremen umsetzen!‹, Antrag vom 23.2. 2005, Drs. 16/300 S
- ›Perspektiven von Bibliotheken in Schulen‹, Antrag (gemeinsam mit SPD und CDU) vom 8.12. 2004, Drs. 16/271 S
- ›Einsparungen durch die Hartz-Reform in Bremen und Bremerhaven‹, Frage in der Fragestunde, Bürgerschaft (Landtag) am 17.3. 2004



in der Bremischen Bürgerschaft